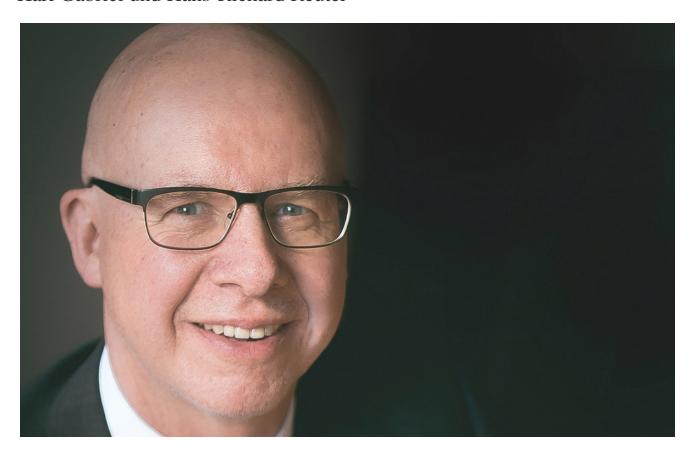
Rezension zu: Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland. Hrsg. von Karl Gabriel und Hans-Richard Reuter



Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland. Konfessionen? Semantiken? Diskurse. Hrsg. von Karl Gabriel und Hans-Richard Reuter; Tübingen Mohr Siebeck 2017, IX, 508 Seiten ISBN 978-3-16-151718-1 124,00?

Die Diskussion um den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat ist ein zentraler Bestandteil des Diskurses "soziale Gerechtigkeit", der nicht zuletzt im Wahlkampf des Jahres 2017 eine prominente Rolle eingenommen hat, aber auch in grundsätzlicherer Weise Teil des Diskurses um eine nachhaltig soziale Wirtschaftsordnung ist. Die "institutionelle Form der Übernahme einer rechtsverbindlichen Verantwortung der Gesellschaft für das Wohlergehen ihrer Mitglieder" (S. 1) bildet dem definitorischen Ausgangspunkt für den Begriff Wohlfahrts- oder Sozialstaat und betrifft drei wesentliche Problemfelder: soziale Absicherung gegen Einkommensrisiken und Einkommensverlustrisiken, Ausgestaltung von Arbeitsverhältnissen und schließlich die Vorsorge für Leistungen der Bildung, Gesundheitsversorgung und der Hilfe in persönlichen Notlagen. Wohlfahrtsstaatlichkeit bezeichnet daher ein jeweils unterschiedlich angelegtes, aber gleichwohl umfassendes Konzept staatlicher Daseinsvorsorge sowohl im Blick auf grundlegende Bereitstellung entsprechender Dienstleistungen und Rechtsverhältnisse wie auch von besonderen Absicherungen und Kompensationsleistungen im Blick auf besondere Risiken und Notlagen von Lebensläufen und Lebensverhältnissen.

Dieses institutionelle Gefüge allerdings ist in hohem Maße von spezifischen kulturellen Voraussetzungen, Annahmen und Entwicklungsdynamiken bestimmt. Das bildet den Untersuchungsgegenstand der in diesem Band gesammelten Studien aus dem Projekt "Die religiöse Tiefengrammatik des Sozialen" am Exzellenzcluster "Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne" der Universität Münster. So voraussetzungsreich das Konzept der Wohlfahrtsstaatlichkeit sich darstellt, so komplex ist ebenfalls die Methodik, die für die Analyse ihrer Genese notwendig ist und von den Studien in unterschiedlicher Weise umgesetzt wird. In der Einleitung der Herausgeber wird nachgezeichnet, wie ausgehend von einem begriffgeschichtlichen Zugang über die systemtheoretische Semantikinterpretation, die historische Diskursanalyse bis zur wissenssoziologischen Diskursanalyse

Export Datum: 27.11.2025 09:03:52

eine immer komplexere Untersuchungsperspektive der historischen Semantik aufgebaut wird, die dann im Blick auf Einzelsemantiken bearbeitet wird. Die Studien betreffen in einer jeweils evangelischen und katholischen Doppelkonstellation die als "Institutionelle Semantiken" gefassten Begriffsfelder Staat, Wirtschaft, Arbeit, Armut und Familie und die als "Wertsemantiken" bestimmten Begriffsfelder Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidiarität, Verantwortung und Sicherheit. Eine Ausnahme bilden die Studien zu Solidarität, Subsidiarität und Verantwortung, die jeweils in nur einer konfessionellen Perspektive behandelt werden. Die Annahme liegt nahe, dass es sich bei Subsidiarität (kath.) und Verantwortung (ev.) um konfessionell einseitig geprägte Leitsemantiken handelt, die nur indirekt im jeweils anderen Konfessionsdiskurs eine Bedeutung entwickelt haben. Solidarität dagegen erweist sich als eine zwar zentrale Semantik des Wohlfahrtsstaates überhaupt, die aber sowohl in der katholischen Soziallehre wie in der protestantischen Sozialethik erst spät ihren Niederschlag gefunden hat (vgl. S. 332 f., S. 339 ff.).

Die Studien machen in jedem Fall deutlich, wie intensiv die sozialethische Theoriebildung mit der Konzeptionierung dieser Semantiken an der Schwelle zum Verständnis des modernen, bürgerlichen Staates befasst war und wie sehr sie um die Überwindung eines vormodernen, feudalistisch-paternalistisch bestimmten Institutionenverständnisses von Staat, Recht und Wirtschaft (auch mit sich selbst) kämpfen musste. Der kurze Hinweis auf den besonders gelagerten Fall der Solidaritätssemantik mag an dieser Stelle als exemplarischer Hinweis genügen. Gerade den Begriff, der in der gegenwärtigen sozialethischen Theoriebildung den Kern und einen konfessionell übergreifenden Horizont bildet (beispielsweise im gemeinsamen Papier der beiden Kirchen "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" von 1997), hat sich die christliche Sozialethik erst spät angeeignet. In der diskursanalytischen (katholischen) Perspektive wird deutlich, dass "im Protestantismus bis nach dem 2. Weltkrieg eine Gemeinschaftssemantik die Bezugnahme auf Solidarität" ersetzt hatte (S. 357). Für den Wirtschaftsethiker ergibt sich daraus die Einsicht, dass die sozialethische Begriffsbildung und Konzeptionierung den gesellschaftlichen Entwicklungsdynamiken doch eher zu folgen, als sie zu antizipieren scheint (beispielsweise auch in der Übernahme von John Rawls' Gerechtigkeitskonzeption).

Diese Einsicht erweist sich als besonders bedeutsam im Blick auf die Spannung und Herausforderungen, in die die Institutionen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates angesichts einer Dynamik der digitalen Transformation von Wirtschaft und Arbeitswelt gestellt sind. Die historische Semantik kann sicher nicht allein die Antwort auf die Frage liefern, wie unter den Bedingungen von Netzwerkunternehmen und Plattformökonomie Solidarität, Subsidiarität und Verantwortung neu konstelliert werden müssen, um den veränderten Bedingungen von Arbeitsverhältnissen und Sicherheitsrisiken gerecht zu werden, oder wie Staat und Wirtschaft je für sich und in ihrem Zusammenwirken neu bestimmt werden können, um sowohl den Freiheits-, wie den Gerechtigkeitsanforderungen Genüge zu tun. Aber ohne historisch informierte Theoriebildung dürfte diese Antwort auch nicht zu finden sein. Wenn man den Band auf diese Aufgabe bezieht, ist es schon sehr bedauerlich, dass dem semantischen Begriffsfeld "Freiheit" keine Studien gewidmet sind. Möglicherweise spricht daraus aber auch der Umstand, dass die konfessionelle sozial- und wirtschaftsethische Theoriebildung sich erst sehr spät auf die Freiheitsthematik eingelassen hat.

Der Inhaltsreichtum und die begriffliche Präzision der Studien im Einzelnen und im Ganzen sind durchweg überzeugend und schaffen zukünftiger Sozialethik eine starke Basis. Schon die auf ihrer Habilitationsschrift basierende Studie zu Familie in protestantischer Perspektive von Sabine Plonz beispielsweise wäre eine eingehende Betrachtung wert, die hier nicht geleistet werden kann. Dass sie darauf aufmerksam macht, wie stark die protestantisch-konfessionelle Familiensemantik von einem traditionalistischen Familienbild geprägt ist, das kaum der Situation der postmodernen Familie, geschweige denn ihrer Auflösung und Dekonstruktion durch den Genderdiskurs adäquat ist, wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf innerkirchliche Debatten, sondern zeigt auch, wie sehr sich die sozial- und darüber hinaus auch die wirtschaftsethische Theoriebildung auf aktuelle Veränderungsdynamiken erst noch einstellen muss.

Die Studien sind für die wirtschaftsethische Theoriebildung (nicht nur) in konfessioneller Perspektive eine unabdingbare Grundlage, um nicht in verkürzter Weise zu konzeptionell unterkomplexen, moralisch aufgeladenen Positionierungen zu Einzelaspekten wie Gerechtigkeit, Armut, Arbeit, Solidarität oder Subsidiarität zu greifen. Für die historische interessierte Praktikerin erschließen sie den Hintergrund, auf dem kirchliche Äußerungen zu wirtschaftsethischen Fragen eingeordnet und verstanden werden können.

Der Rezensent



Georg Lämmlin

ist apl. Prof. für Praktische Theologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und seit September 2016 Studienleiter für Wirtschaftsethik, Global Governance und Europa an der Evangelischen Akademie Bad Boll. Zuvor war er Leiter des Theologischen Instituts an der Universität Mannheim mit Schwerpunkt in Religionspädagogik, Ethikdidaktik und Wirtschaftsethik. Promotion 1991 zu Schleiermachers Kirchenverständnis und Habilitation 2001 mit einer Grundlagentheorie der Homiletik. Veröffentlichungen unter anderem zu Themen der postsäkularen Gesellschaft.